

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	79 (1999)
Heft:	6
Artikel:	Der Westen ohne Mauerschutz? : Ein neosozialistische Jammertal? : Von der subtilen Einführung in die Unfreiheit
Autor:	Bahro, Marcel / Strnad, Jindrich
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-166107

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Marcel Bahro / Jindrich Strnad

DER WESTEN OHNE MAUERSCHUTZ – EIN NEOSOZIALISTISCHES JAMMERTAL?

Von der subtilen Entführung in die Unfreiheit

Anlässlich des Zusammenbruchs des Ostblocks vor einem Jahrzehnt beschreiben die Autoren die späten Folgen dieses epochalen geschichtlichen Einschnitts für die Bevölkerung des Westens. Sie brandmarken dabei vor allem die psychologischen Mechanismen, welche dazu führen, dass Menschen allmählich vergessen, wogegen die Völker hinter Mauer und Stacheldraht einst aufgegehrten und was dem Westen erspart blieb – ein autoritäres System ohne persönliche und wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit für den Einzelnen. Die Folge dieser nachlässigen Haltung könnte eine subtile Entführung in die Unfreiheit nach sozialistischer Manier sein.

Knapp eine Dekade nach den politischen Umwälzungen des Jahres 1989 wird einmal mehr ein kritischer Rückblick auf den heutigen Zustand der ehemaligen volkssozialistischen Länder hinter dem «Eisernen Vorhang» aktuell. In den kommenden Monaten werden allerlei «Bilanzen» zu diesem Thema erstellt. Je nach politischem Standpunkt werden diese eher zu Optimismus oder Pessimismus neigen, was die seither in den Staaten Mittel- und Osteuropas eingetretenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen betrifft. Aber was geschah seither im ehemaligen Westen? Waren die wirtschaftlichen Folgen nach der Wende – im Guten wie im Schlechten – wirklich das wesentliche Ergebnis für den Westen, das es heute zu erwähnen gilt? Oder hat der Zusammenbruch der alten Weltordnung des Kalten Krieges bei uns zu allmählichen psychologischen «Abnutzungerscheinungen» respektive zu einer Gleichgültigkeit gegenüber einer zunehmenden Einengung des Einzelnen auf persönlichem wie wirtschaftlichem Gebiet geführt – eine Tendenz, die sich beispielsweise in der Einstellung gegenüber einer möglichst umfassenden Absicherung durch eine scheinbar wohlwollende staatliche Instanz widerspiegelt? Besteht die von den Menschen im ehemaligen Osten früher ersehnte «westliche Freiheit» noch wie damals, als die Welt in klar kontrastierende Gegensätze mit eindeutigen Alternativen gespalten war? Inwieweit hat sich unser Grundverständnis von Risiko und Eigenverantwortung für das menschliche Leben seither geändert?

Die Mauer als Symbol des Kalten Krieges

Naturgemäß musste vor 1989 die Berliner Mauer als Symbol des tiefen Risses zwischen Ost und West un-

terschiedlichen politischen Interpretationen dienen. Die Machthaber der vom Kreml an der Kandare gehaltenen Länder und speziell die DDR-Regierung definierten die Mauer euphemistisch als einen antifaschistischen Schutzwall, der das vermeintlich bessere sozialistische Dasein vor der Aggression imperialistischer Kreise des Westens verteidigen sollte. In Anbetracht der trostlosen Realität, der sich die allermeisten Bürger der volkssozialistischen Staaten ausgesetzt sahen und die auch im Westen gut bekannt war, klang diese offizielle Festlegung auf beiden Seiten der Mauer weithin grotesk und unglaublich. Stattdessen sahen die Menschen in diesem unsäglichen Monument, welches die Versteinerung während der Nachkriegszeit quasi versinnbildlichte, ein Joch der Unfreiheit. Der Fall der Berliner Mauer und die in den darauffolgenden Wochen einsetzende politische Erosionsbewegung in den Satellitenstaaten der UdSSR symbolisierte deshalb den unumkehrbaren Aufbruch in die Freiheit.

Selbstverständlich gab es im damaligen Westen eine teilweise nicht geringe Zahl von Menschen – im Jargon der östlichen Potentaten zynisch und despektierlich als «nützliche Idioten» bezeichnet –, die jeder Evidenz zum Trotz dem kommunistischen System im Westen zum Sieg verhelfen wollten, zumindest aber mit den vorgespiegelten Errungenschaften des real existierenden Sozialismus spätstalinistischer Prägung unverhohlen kokettierten. Derlei Strömungen wurde unmittelbar nach der Wende zunächst einmal jeglicher Nährboden entzogen, dies nicht zuletzt deshalb, weil der danach einsetzende politische, wirtschaftliche und ethisch-moralische «Kassensturz» – man denke an die Öffnung der berüchtigten Stasi-Archive – das *ancien régime* im Osten schonungslos diskreditierte.

Die Nostalgie nach dem Geborgensein

Analysiert man die Gründe für den politischen Zusammenbruch der kommunistischen Regierungen des Warschauer Paktes, so stösst man immer wieder auf die katastrophale wirtschaftliche Situation des östlichen Europas vor der Wende. Sämtliche Staaten hingen – direkt oder indirekt – am Tropf westlicher Geldgeber. Das Wettrüsten war diesen Ländern vor allem finanziell ausgesprochen schlecht bekommen, und ein ineffizientes Wirtschaftssystem versetzte den Systemen schliesslich den Todesstoss. Aus Sicht der Menschen im Osten waren es vor allem vier Gründe, welche sie in Massen gegen die sie despotisch regierende Obrigkeit aufbrachten:

- eine mangelhafte Versorgung mit zeitgemässen Gütern und Dienstleistungen als Folge des wirtschaftlichen Desasters
- die drastisch beschränkte persönliche Freiheit, vor allem der Meinungsäusserung und der Mobilität
- die unsägliche Schnüffelei und allgegenwärtige Überwachung durch den Staat
- die Lähmung beruflicher und privater Initiativen durch ein allmächtiges, alle bevormundendes System

Die Sehnsucht nach dem «starken Staat»

Im Ernst wünscht sich niemand die ökonomisch unbefriedigende Lage des ehemaligen Ostens zurück. Auch herrscht Einigkeit darüber, dass das buchstäbliche Einmauern der Bevölkerung und die Infiltration des gesamten öffentlichen und privaten Lebens durch Geheimdienste und deren Helfershelfer unmenschlich waren. Was hingegen die berufliche und persönliche Freiheit betrifft und mithin die wirtschaftliche, hört man in den letzten Jahren immer wieder kontroverse Stellungnahmen – dies nicht nur im Osten, wo manche Bürger über nur teilweise eingehaltene Versprechen nach der Wende enttäuscht worden sind, sondern gerade auch im Westen. Unter dem Motto eines humanitären Sozialismus erwarten viele Menschen vom Staat weitreichende Sozialleistungen und sind im Gegenzug bereit, notfalls auch mit ihren Freiräumen dafür zu bezahlen. Dieser verhängnisvolle Zusammenhang ist *a priori* nicht klar, beziehungsweise er besteht unbewusst. Das macht den Sozialismus der Nachwende-Ära so heimtückisch: Von wenigen politischen Gruppierungen abgesehen distanzieren sich alle anderen Parteien vom Sozialismus, dennoch sind die Prinzipien des Sozialismus nach dem Fall der Mauer gegenwärtig.

Auch Rufe nach einem «starken Staat», in der Regel durch unerwünschte soziale Erscheinungen wie eine beängstigende Kriminalitätsrate, Massenarbeitslosigkeit oder ein um sich greifendes Drogenelend

motiviert, signalisieren die subtile Gefahr, allmählich in die Unfreiheit entführt zu werden. Das Aufblühen extremer politischer Strömungen jedweder Couleur am rechten oder linken Rand der Parteienlandschaft mag dies auf drastische Weise belegen. Meist erstrecken sich deshalb Rufe nach einem «starken Staat» gleichzeitig sowohl auf die wirtschaftliche «Versorgung» als auch auf den Schutz vor tatsächlichen wie auch vermeintlichen Gefahren, wobei das Risiko übersehen wird, dass einmal getroffene «Schutzmassnahmen» nur schwer wieder abzuschaffen sind.

Das Prinzip der allmählichen Gewöhnung an die Unfreiheit

Die geschilderten Versorgungstendenzen in den meisten westeuropäischen Gesellschaften sind – im Gegensatz beispielsweise zu den USA – ubiquitär. In ihren gemässigten Formen sind sie letztendlich gefährlicher als vehement vertretene Positionen des extremen Spektrums, da sich breite Bevölkerungskreise an allmähliche Entwicklungen wesentlich leichter adaptieren als an «Paukenschläge». Dieses Phänomen ist in der Medizin und Psychologie gut bekannt. Im wesentlichen ist der Mensch zwar viel besser in der Lage, differenzielle Abstufungen wahrzunehmen als absolute Werte einzuschätzen. Die Diskriminationsfähigkeit wird jedoch unterlaufen, wenn bei den einzelnen Stufen eine bestimmte Schwellengrösse unterschritten wird. Um die Bewertungen dennoch vornehmen zu können, bedürfte es eines guten Gedächtnisses beziehungsweise der Bereitschaft, sich mit «historischen» und damit für die Gegenwart scheinbar irrelevanten Themen auseinanderzusetzen. Unterbleibt dieser wichtige Schritt, ist damit der Weg in die Falle der Unfreiheit geebnet.

Das Vergessen – eine Voraussetzung für die Wiedergeburt des Unerwünschten

Während sich im Osten nach dem Zusammenbruch des alten Systems die meisten Bürger befreit fühlten, empfanden die im Westen lebenden Menschen in ihrer Mehrzahl neben Freude aus Solidarität und angesichts verschwundener Bedrohung durch die Ostblockstaaten auch Genugtuung hinsichtlich der Überlegenheit der westlichen Kultur, geprägt durch das Abendland, die Aufklärung, den Rechtsstaat und den gesellschaftlichen Ausgleich. Möglicherweise werden seither jedoch die Vorzüge der Demokratie zu sehr als systemimmanent beziehungsweise selbstverständlich betrachtet. Die Notwendigkeit, eine Demokratie und eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ständig zu beleben und für eine tragfähige Unterförderung dieser Werte zu sorgen, war vor der Wende an-

gesichts des abschreckenden Beispiels aus dem Osten naheliegend. Seither haben jedoch mitunter Themen wie Angst vor Globalisierung und weltweiten Fusionen dazu geführt, wieder nach stärkeren «Kontrollen», Abschottungen gegeneinander und anderen «Korrektiven» zu rufen – alles Massnahmen, die einer freiheitlichen Sichtweise zuwiderlaufen.

Freilich wurden nicht alle Erwartungen der Menschen in den neuen Demokratien Osteuropas zügig

*Es wird immer wieder vergessen,
dass die Überregulierung keinen Zugewinn
an sozialer Gerechtigkeit mit sich
bringt. Im Gegenteil, werden die
nivellierenden Tendenzen in Gesellschaft
und Wirtschaft übertrieben, so
schaffen sich aktiver und geschicktere
Mitglieder der Gesellschaft auf illegalen
Wegen den Zugriff auf die begehrten Güter.*

umgesetzt. Es war deshalb in Kenntnis normalpsychologischer Vorgänge absehbar, dass auf die Euphorie und grenzenlose Erleichterung des Jahres 1989 eine allmähliche Ernüchterung über die neue politische und ökonomische Lage eintreten musste. Die nicht unmittelbar von den dramatischen Umwälzungen betroffenen Menschen im Westen vergassen grösstenteils die einstige Bedrohung ihres gesellschaftlichen Systems, möglicherweise verbunden mit dem allgemein beklagten Desinteresse an grösseren politischen Zusammenhängen und einer «Politikverdrossenheit». Das ursprünglich Unerwünschte wurde billigend in Kauf genommen.

Es wird immer wieder vergessen, dass die Überregulierung keinen Zugewinn an sozialer Gerechtigkeit mit sich bringt. Im Gegenteil: Werden die nivellierenden Tendenzen in Gesellschaft und Wirtschaft übertrieben, so schaffen sich aktiver und geschicktere Mitglieder der Gesellschaft auf illegalen Wegen den Zugriff auf die begehrten Güter. Gibt es hierfür ein besseres Beispiel als den ehemaligen Osten, in dem man nur dank «spezieller» Beziehungen einigermassen über die Runden kam? Um eine solche Entwicklung in ein korruptes System, das niemand wünscht, zu überwinden, wird fälschlich immer gefordert, dass nun erst recht regulierende staatliche Eingriffe Not tun. Öffnet man diesem Mechanismus einmal die Türe, so begibt man sich unweigerlich in einen Teufelskreis aus immer mehr Gesetzen, Verord-

nungen, Befehlen – und letztlich in die Tyrannie durch ein vorgeblich das Gute anstrebendes System.

Das «Paraleben»

Eine verheerende Begleiterscheinung einer solchen Entwicklung zeigt sich auch darin, dass sich auf diese Weise immer mehr Menschen im Dickicht der nicht mehr überblickbaren Regulative verfangen und damit kriminalisiert werden. In der Logik dieses Denkens wäre die Konsequenz – wie geschildert – eine noch perfektere Überwachung. Dass ein solches System, welches auf Misstrauen und Angst als Steuerungsinstrumente setzt, wichtige, nicht nur materielle, sondern vor allem psychische Ressourcen bindet beziehungsweise dem Gemeinwohl entzieht, liegt auf der Hand.

Der Staat wird somit nur scheinbar stärker, in seiner Eigenschaft als willkürlich empfundener Ordnungsherrscher wird er omnipotent, innerlich wird er jedoch ausgehöhlt, da immer weniger Bürger die Regeln explizit kennen und sich mit ihnen identifizieren können. Wenn eine unüberbrückbare Kluft herrscht zwischen den staatlichen Massgaben und dem real existierenden Alltag, entwickelt sich in der Gesellschaft immer mehr ein «Paraleben», das heisst, eine Lebenswirklichkeit jenseits des staatlich diktierten Zugriffs und mit eigenen Gesetzmässigkeiten, welche wiederum den ursprünglichen Prämissen des Staates diametral entgegenlaufen. Dazu zählen Phänomene wie gut bezahlte Schwarz-

*Wenn eine Kluft herrscht zwischen
den staatlichen Massgaben und dem real
existierenden Alltag, entwickelt
sich in der Gesellschaft immer mehr ein
«Paraleben». Dazu zählen Phänomene wie gut
bezahlte Schwarzarbeit nach Feierabend
oder gar am Arbeitsplatz und das
Erschleichen medizinischer Leistungen
oder Rentenansprüche auf Kosten der
Versichertengemeinschaft.*

arbeit nach Feierabend oder gar am Arbeitsplatz und das Erschleichen medizinischer Leistungen oder Rentenansprüche auf Kosten der Versichertengemeinschaft.

Der Strick

Es hat sich bei uns unmerklich die Gewohnheit eingeschlichen, für alle Unbill des Lebens – wirtschaft-

liche, persönliche und gesellschaftliche – nach einem Regulativ zu rufen, meist ausgehend von staatlicher Obhut. Dabei wird übersehen, dass es einen Staat im Sinne eines «Übervaters» gar nicht gibt, dass es sich hierbei vielmehr um eine Projektion des Menschen handelt, mithin um ein abstraktes Gebilde, und dass nur durch die aktive Teilnahme aller Mitglieder der Staat im demokratischen Sinne zum Leben erweckt werden kann.

In den verantwortlichen Positionen auch demokratischer Länder sind durchaus Personen, die von ihrer psychologischen Konstitution dazu neigen, genau diese jammernde Abhängigkeit als Legitimation zu autokratismus Handeln zu missbrauchen.

Wenn man sich stattdessen nur hilfesuchend wie ein kleines Kind an den «Übervater Staat» wendet, so riskiert man die subtile Entführung in die Unfreiheit. In den verantwortlichen Positionen auch demokratischer Länder sind durchaus Personen, die von ihrer psychologischen Konstitution dazu neigen, genau diese jammernde Abhängigkeit als Legitimation zu autokratismus Handeln zu missbrauchen – auch wenn das, was sie tun, allem Anschein nach «gut» ist. Der Weg in die Unfreiheit wird damit immer unumkehrbarer. Je ohnmächtiger sich die Bevölkerung fühlt und je weniger sie das politische Leben mitge-

staltet, um so mehr kommen derartige Mechanismen zum Tragen. Der Neosozialismus, auch wenn er offiziell nicht so bezeichnet wird, würde Wirklichkeit. Dies wäre auch deshalb so heimtückisch, weil man mit dem Sozialismus traditionell Werte wie Humanität und Gerechtigkeit assoziiert. Seine entmündigende und letztlich diktatorische Komponente wird hingegen gerne ausgeblendet.

Es wäre eine allzu bittere Ironie der Geschichte, wenn bereits nach knapp einer Dekade der Freiheit sich *Lenins* Prophezeiung wieder anbahnen sollte, wonach der (kritiklos und blind gewordene) Kapitalismus, sprich der Westen, den Strick liefert, mit dem man ihn dann aufhängt. ♦

MARCEL BAHRO wurde 1959 in Freiburg im Breisgau geboren. 1985 bestand er das medizinische Staatsexamen und wurde 1986 zum Doktor der Medizin promoviert. 1993 wurde er Facharzt für Neurologie und Psychiatrie. 1997 erhielt er durch die Business School der Georgetown University, Washington, DC, das Diplom eines Master of Business Administration (MBA).

JINDRICH STRNAD wurde 1959 in Liberec / Tschechoslowakei geboren und wuchs seit 1969 in der Schweiz auf. 1985 legte er das medizinische Staatsexamen ab und wurde 1988 zum Doktor der Medizin promoviert. 1995 wurde er Spezialarzt FMH für Psychiatrie und Psychotherapie. Die Autoren arbeiten beide an den Universitären Psychiatrischen Diensten (Direktion Ost) in Bern.

Weiterführende Literatur:

Michael Voslensky, Nomenklatura. Doubleday & Company, Inc., Garden City/NY 1984.

Wladimir Bukowski, Dieser stechende Schmerz der Freiheit – Russischer Traum und westliche Realität. Seewald Verlag, Stuttgart 1983.

Alexander Sinowjew, Ohne Illusionen. Diogenes Verlag, Zürich 1980.

Alles wird darauf ankommen, dass wir Deutschen nicht zum dritten Mal den beiden Versuchungen der Machtkonzentration nach innen und der hegemonialen Herrschaft nach aussen erliegen, sondern die Lehren der Geschichte für diesmal im Gedächtnis behalten und beherzigen. Es sei unmöglich, aus der Geschichte zu lernen, behaupten die Skeptiker. Die Deutschen sind aufgerufen, sie zu widerlegen.

Barthold C. Witte, Von der Freiheit des Geistes, Positionsbestimmungen eines Jahrzehnts, Verlag Comdok, St. Augustin 1998, S. 221.